

### **3. Kaufkraft-Paket III: Temporär günstigere ÖV-Tickets**

Postulat Nicola Siegrist (SP, Zürich), Sibylle Marti (SP, Zürich) vom 3. Oktober 2022

KR-Nr. 366/2022, Antrag auf Dringlichkeit

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Das Postulat wurde verbunden mit dem Antrag auf Dringlicherklärung eingereicht. Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden mit einer Redezeit von zwei Minuten.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich):* Wir beantragen die Dringlichkeit, weil in diesem Winter eine üble Kombination droht. Wir haben gerade bei der letzten Dringlichkeitsdebatte (KR-Nr. 365/2022) darüber gesprochen, aber um es nochmals zu betonen: Erstens steigen die Krankenkassenprämien massiv, zweitens die Heiznebenkosten belasten Mieterinnen und Mieter. Drittens: Die Inflation beim Grundbedarf übersteigt die 3,3 Prozent, die in den Medien verhandelt werden, auch stark. Dies erhöht die Kosten für Familien, für junge Menschen, für Rentnerinnen und Rentner mit einer knappen Rente schmerzhaft. Und dieser Rat – das hat sich gerade gezeigt –, dieser Rat hat das Privileg, politische Prioritäten zu setzen und zu sagen «das finden wir gerade wichtig» oder «das finden wir als rechte Seite gerade nicht sonderlich wichtig». Aber wissen Sie, wer diese Priorität nicht für sich selbst setzen kann? Das sind jene wohl über 200'000 Menschen in diesem Kanton, welche jetzt Mühe haben mit den Rechnungen am Ende des Monats, die mit diesen Rechnungen kämpfen. Das ist eine soziale Realität. Das ist nicht etwas, bei dem wir auf der Traktandenliste beurteilen können, ob wir das gerade schlimm finden oder nicht. Sie entscheiden mit Ihren politischen Entscheidungen auch darüber, ob Menschen, die von Armut betroffen sind, ob Familien mit knappem Budget am gesellschaftlichen Leben teilhaben können oder nicht. Übernehmen Sie deshalb auch die Verantwortung als Parlament und diskutieren Sie, wenn es dringlich ist, dringlich über die aktuellen Probleme. Unterstützen Sie bitte die Dringlichkeit für unser Postulat. Herzlichen Dank.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich):* Die Dringlichkeit wird von der Grünen Fraktion nur teilweise unterstützt, und das hat mit dem Inhalt des Vorstosses zu tun. Für den Vorstoss spricht, dass die Vergünstigung von ÖV-Tickets für Haushalte mit tiefem Einkommen eine unbürokratisch und gezielt wirkungsvolle Lösung ist. Und damit diese Massnahme in der aktuellen Krise wirkt, soll sie auch schnell umgesetzt werden, daher stimmt ein Teil der Fraktion für die Dringlichkeit. Ein anderer Teil der Fraktion unterstützt es zwar und ist auch der Meinung, dass man Menschen, die finanziell knapp sind, in dieser Krise speziell unterstützen muss. Aber die Idee, die Mobilität zu verbilligen, wird nicht mitgetragen. Da wird ein falsches Signal gesetzt, und der Anreiz, auf den ÖV zu wechseln, ist ja eigentlich jetzt schon da, denn die Benzinpreise sind hoch und die ÖV-Kosten sind nicht

gestiegen. Daher wird ein Teil der Fraktion die Dringlichkeit dieses Vorstosses ablehnen.

*Ulrich Pfister (SVP, Egg):* Verschiedene Konsumgüter haben sich verteuert. Wir rechnen mit einer Teuerung von etwas mehr als 3 Prozent, da gehe ich mit den Postulanten noch einig. Was mir schleierhaft ist, ist, wie man darauf kommen kann, den ÖV zu verbilligen. Die ÖV-Tarife sind seit einigen Jahren stabil, eine Anpassung auf die Fahrplanperiode 2022/2023 ist nicht geplant. Schlimmstenfalls könnte eine Tarifierhöhung auf die Fahrbahnperiode 2023/2024 erfolgen, also haben Sie hier noch sehr viel Zeit und eine Dringlichkeit ist nicht gegeben.

Wir gehen mit den Postulanten einig, dass Geringverdienende unter der momentanen Teuerung am meisten zu leiden haben. So sind die Treibstoffkosten massiv gestiegen. Diejenigen Mitbürger, die auf das Auto angewiesen sind, werden zur Kasse gebeten. Allenfalls wären hier Treibstoffgutscheine angebracht für diejenigen Personen, die IPV (*Individuelle Prämienverbilligung*) beziehen und den ÖV nicht nutzen können.

Die grösste Teuerung verzeichnen wir bei den Krankenkassen. Hier liegt es in Ihrer Hand, den Bürgern unter die Arme zu greifen. Am 27. November 2022 können Sie (*in der kantonalen Volksabstimmung*) der «Gerechtigkeitsinitiative» zustimmen. So profitieren alle Bürger. Diejenigen, welche heute knapp eine IPV erhalten, kommen mit dem grösseren Steuerabzug auch in den Genuss der IPV und ihnen wird sofort geholfen. Also machen Sie es wie die SVP: Stimmen Sie der «Gerechtigkeitsinitiative» zu und lehnen Sie die Dringlichkeit des Postulates ab. Danke.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Eine kurze Replik auf meinen Ex-Fraktionskollegen Pfister, der hier Treibstoff-Gutscheine verlangt im Sinne eines Sozialisten. Das kann es ja wohl nicht sein, das von einer bürgerlichen Partei zu hören, sicher nicht. Was getan werden muss, liebe SVP und liebe FDP und liebe Bürgerliche hier drin, ist, endlich die Steuern runterzunehmen, die grünen Steuern auf den Treibstoffen, die es nicht braucht und die total falsch und viel zu hoch sind. Um das geht es.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 366/2022 stimmen 45 Ratsmitglieder.** Die Dringlicherklärung ist somit nicht zustande gekommen. Das Geschäft wird als gewöhnliches Postulat auf die Traktandenliste gesetzt.

Das Geschäft ist für heute erledigt.